

Juli 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Verhältnisse in Deutschland: drei Viertel besorgt	5
Kaum veränderte Kritik an Berliner Regierungsarbeit	6
Politikerzufriedenheit: allein Pistorius mit überwiegend positiver Bewertung	8
Maßnahmen des Heizungsgesetzes: geht fast der Hälfte zu weit.....	9
Sonntagsfrage: Union auf Platz Eins, AfD auf Platz Zwei	11
AfD-Anhänger sehen eigene Grundvorstellungen durch Partei repräsentiert	13
Schwindende Distanz zur AfD	14
Studieninformation.....	16

Zusammenfassung

Die bundesdeutsche Politik ist weiterhin mit einer tiefen Verunsicherung der Bevölkerung konfrontiert, auch wenn sich deren Stimmung zum vergangenen Herbst etwas gebessert hat. Aktuell sehen drei Viertel der Bundesbürger in den Verhältnissen in Deutschland Anlass zur Beunruhigung, während jeder Sechste Gründe zur Zuversicht erkennt. Entsprechend der vielfältigen gegenwärtigen Krisen und Herausforderungen wirken verschiedenste Faktoren auf die Wahlberechtigten beunruhigend. Die hohen Preise liefern für jeden Fünften Anlass zur Sorge, der Klimawandel wie auch die klima- und energiepolitische Reaktion hierauf für 19 Prozent, die Migration nach Deutschland für 18 Prozent. 16 Prozent sehen im Krieg gegen die Ukraine, 15 Prozent in der Stärke der AfD und einem gesellschaftlichen Rechtsruck Anlass zur Beunruhigung, 11 Prozent in der wirtschaftlichen Lage. Jeder Vierte begründet seine kritische Perspektive auf die bestehenden Verhältnisse in Deutschland allgemein mit einem derzeit enttäuschenden Handeln von Politik und Regierung.

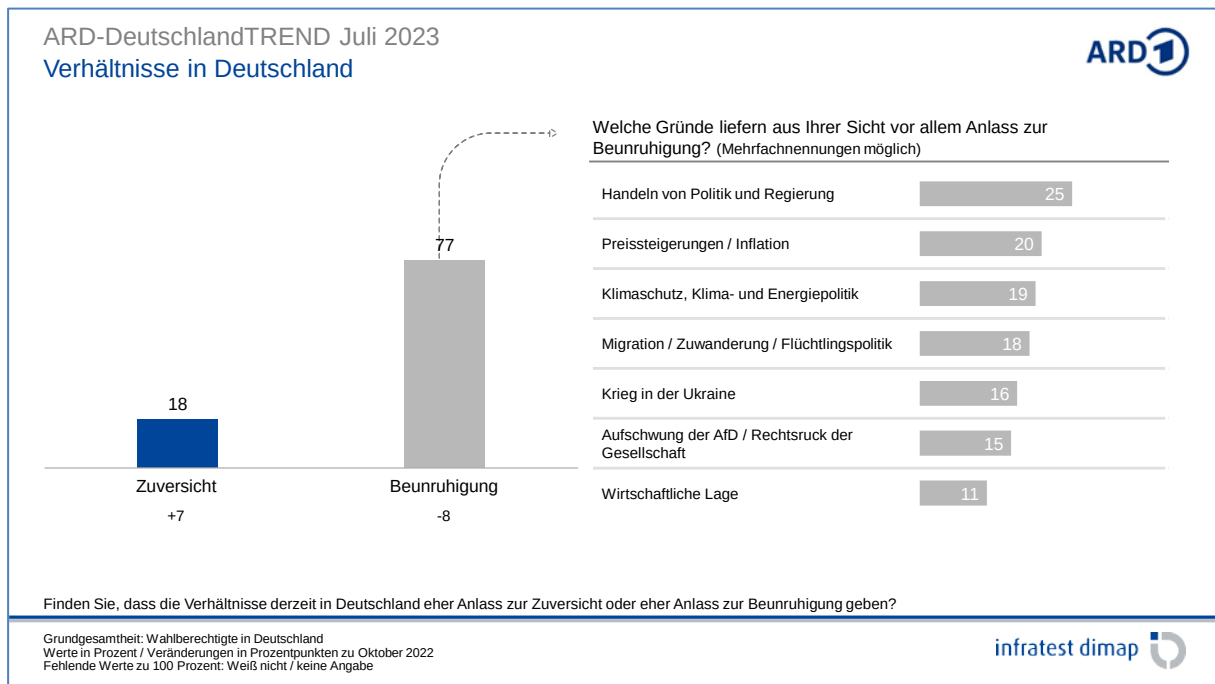
Die Bundesregierung tut sich auch im Juli im Urteil der Wahlberechtigten schwer. Nur ein knappes Viertel und damit kaum mehr als im Vormonat ist mit der Ampel-Koalition zufrieden. Drei von vier äußern sich dagegen negativ. Die Kritik der Wahlberechtigten an den Regierungsleistungen schließt nach wie vor alle drei Koalitionspartner ein, wobei seit Herbst vergangenen Jahres allein die Koalitionsarbeit der Grünen an Zuspruch verloren hat. Angriffsflächen bot die Bundesregierung zuletzt insbesondere mit ihrem Heizungsgesetz. Auch nach den vorgenommenen Anpassungen bleiben zentrale Gesetzesinhalte unter den Bundesbürgern umstritten. Knapp der Hälfte gehen die angedachten Maßnahmen zu weit, für ebenso viele sind sie angemessen bzw. nicht weit genug gehend. Hinter diesem Urteil stehen unterschiedliche Haltungen hinsichtlich der Veränderungsgeschwindigkeit im Klimaschutz wie auch bezüglich des Einsatzes von Verboten als klimapolitisches Steuerungsinstrument. Letztere werden von gut der Hälfte abgelehnt. Das derzeitige Gesamttempo im Klimaschutz überzeugt jeden Fünften. Ein Drittel sieht die Veränderungen als zu langsam an, etwa ebenso vielen gehen sie zu schnell.

Die Kritik an der Bundesregierung spiegelt sich in den Ergebnissen der Sonntagsfrage. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt blieben die Ampel-Parteien weiter ohne Mehrheit. Die SPD würde wie Anfang Juni 18 Prozent (+/-0) erzielen. Die Grünen hätten 14 Prozent (-1) in Aussicht. Ähnlich schlecht lagen die Grünen zuletzt im September 2018. Die FDP käme unverändert auf 7 Prozent. Stärkste Kraft bei einer aktuellen Bundestagswahl wäre nach wie vor die CDU/CSU mit 28 Prozent (-1 zu Anfang Juni). An Platz Zwei stände die AfD, die mit 20 Prozent erneut einen Höchstwert im ARD-DeutschlandTREND erzielt. Die Linke käme weiter nur auf 4 Prozent.

Auch wenn wie zuletzt im ARD-DeutschlandTREND Juni ein erheblicher Anteil der AfD-Anhänger angibt, vornehmlich aus Unzufriedenheit gegenüber den anderen Parteien die AfD zu wählen und nicht aus Überzeugung, ist die AfD-Präferenz keineswegs Ausdruck diffusen Protests. So signalisieren drei Viertel der AfD-Anhänger, dass die AfD ihren eigenen politischen Grundvorstellungen nahe bzw. sehr nahesteht. Zugute kommt der AfD in diesen Tagen eine im Zeitvergleich schwindende Distanz gegenüber der Partei. Zwar ist weiterhin eine Mehrheit der Bundesbürger Ansicht, dass es in der AfD zu viele Rechtsextreme gibt. Diese Haltung war vor sechs Jahren jedoch noch wesentlich ausgeprägter. Gewachsen ist die Zahl derer, die der Partei attestiert, Dinge zumindest beim Namen zu nennen, ebenso die Zahl der Wahlberechtigten, die der AfD im Vergleich der Parteien ein besseres Verständnis für das Sicherheitsempfinden der Menschen bescheinigen. Schließlich hat auch der Zuspruch für die restriktive Positionierung der AfD in der Zuwanderungspolitik zugelegt. Im Umgang mit der AfD sprechen sich vier von zehn dafür aus, dass die Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD generell auszuschließen sollten. Ein Drittel ist grundsätzlich offen für eine fallweise Entscheidung, während jeder Sechste eine gezielte Suche zur Zusammenarbeit favorisiert.

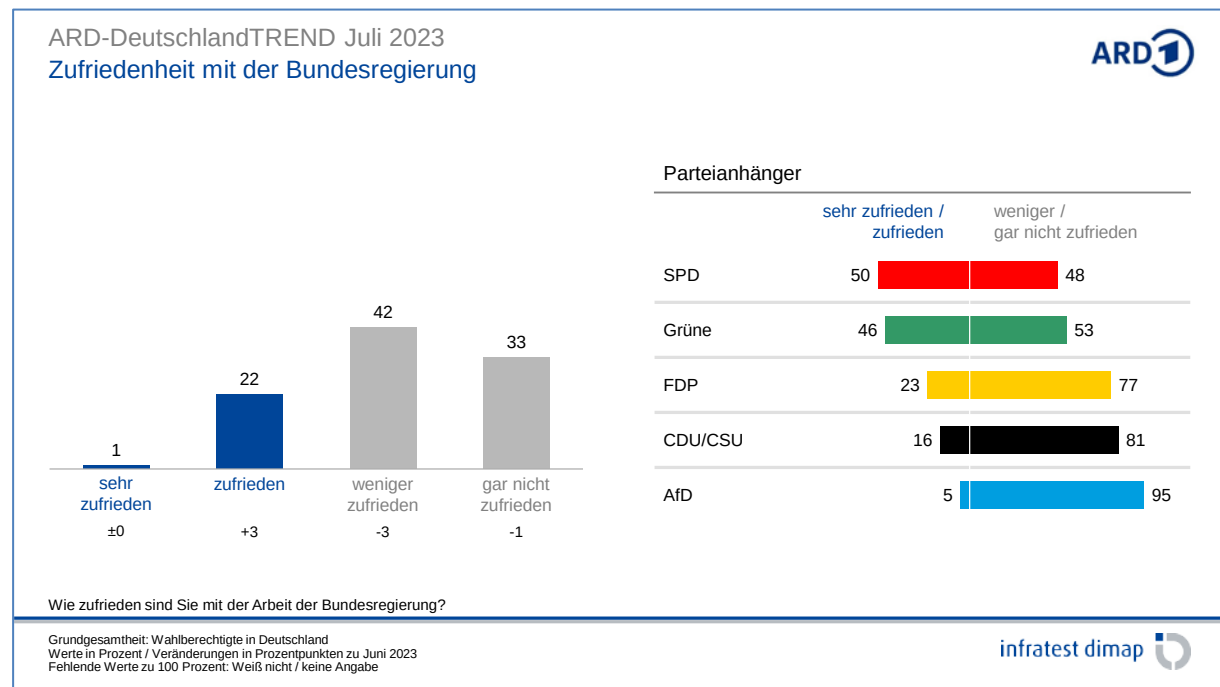
Verhältnisse in Deutschland: drei Viertel besorgt

Die bundesdeutsche Politik ist weiterhin mit einer tiefen Verunsicherung der Bevölkerung konfrontiert, auch wenn sich deren Stimmung zum vergangenen Herbst etwas gebessert hat. Aktuell sehen drei Viertel der Bundesbürger in den Verhältnissen in Deutschland Anlass zur Beunruhigung (77 Prozent; -8 zu Oktober), während jeder Sechste (18 Prozent; +7) Gründe zur Zuversicht erkennt. Entsprechend der vielfältigen gegenwärtigen Krisen und Herausforderungen wirken verschiedenste Faktoren auf die Wahlberechtigten beunruhigend. Die hohe Inflation liefert für jeden Fünften (20 Prozent) Anlass zur Sorge, der Klimawandel wie auch die klima- und energiepolitische Reaktion hierauf für 19 Prozent, die Migration nach Deutschland für 18 Prozent. 16 Prozent sehen im Krieg gegen die Ukraine, 15 Prozent in der Stärke der AfD und einem möglichen gesellschaftlichen Rechtsruck Anlass zur Beunruhigung, 11 Prozent in der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Jeder Vierte (25 Prozent) begründet seine kritische Perspektive auf die bestehenden Verhältnisse in Deutschland ganz allgemein mit einem derzeit enttäuschenden Handeln von Politik und Regierung.

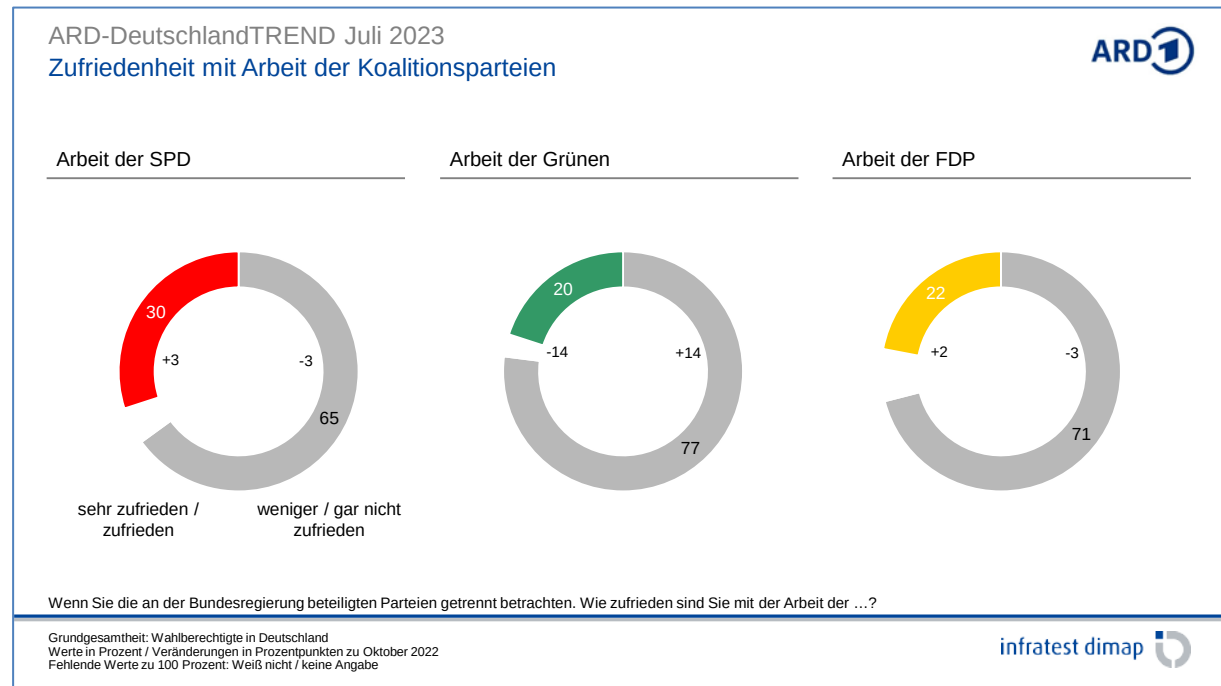


Kaum veränderte Kritik an Berliner Regierungsarbeit

Die Bundesregierung tut sich auch im Juli im Urteil der Wahlberechtigten schwer. Ein knappes Viertel der Bundesbürger (23 Prozent; +3) und damit kaum mehr als beim Tiefstand im Juni ist gegenwärtig mit der Berliner Regierungsarbeit zufrieden, drei von vier (75 Prozent; -4) äußern sich stattdessen negativ. Selbst in den eigenen Reihen überzeugt die Arbeit der Ampel nicht wirklich. Unter den Anhängern von SPD (50:48 Prozent) und Grünen (46:53 Prozent) halten sich Zuspruch und Ablehnung gegenwärtig nur noch etwa die Waage. Die FDP-Anhänger äußern sich bereits seit längerem überwiegend kritisch.

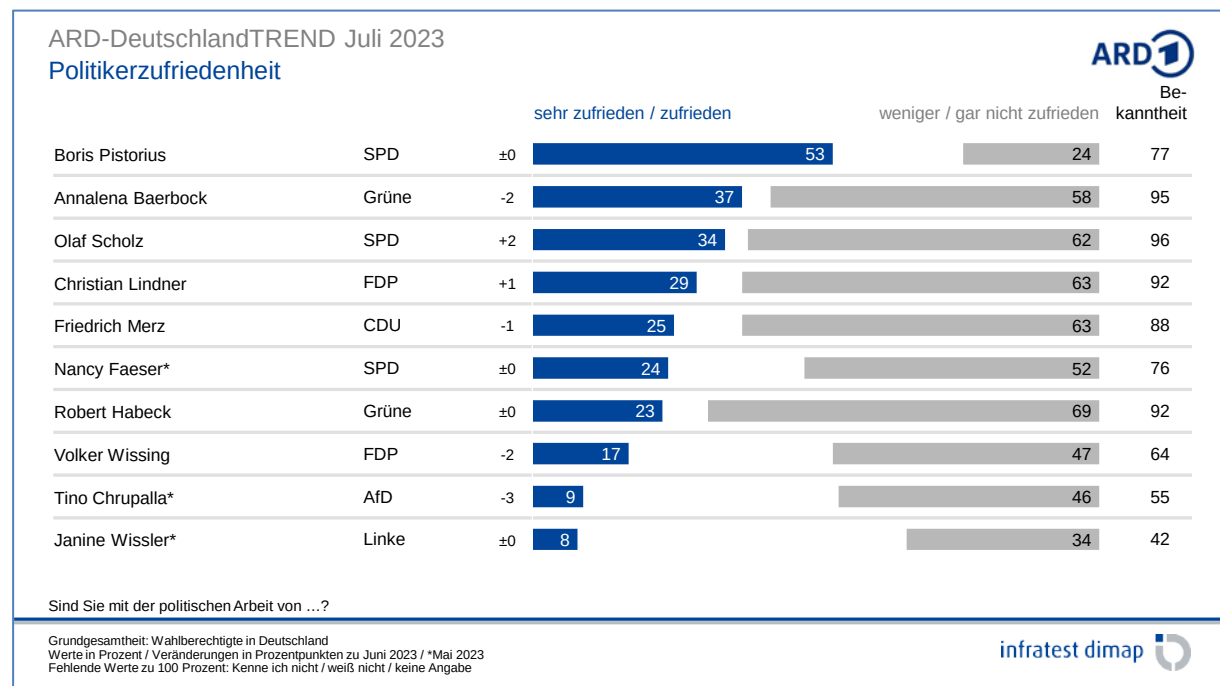


Die seit längerem bestehende Kritik der Bundesbürger an der Arbeit der Ampel schließt alle drei Koalitionsparteien ein: Mit den Regierungsleistungen der SPD sind drei von zehn (30 Prozent; +3 zu Oktober), mit denen der FDP ist ein gutes Fünftel (22 Prozent; +2) zufrieden. Die Koalitionsarbeit der Grünen wird von 20 Prozent (-14) der Wahlberechtigten wohlwollend bewertet. Während sich das Urteil gegenüber SPD und FDP auf dem niedrigen Niveau vom vergangenen Herbst stabilisiert hat, sind vor allem die Grünen deutlich schlechter bewertet als noch vor einem dreiviertel Jahr.



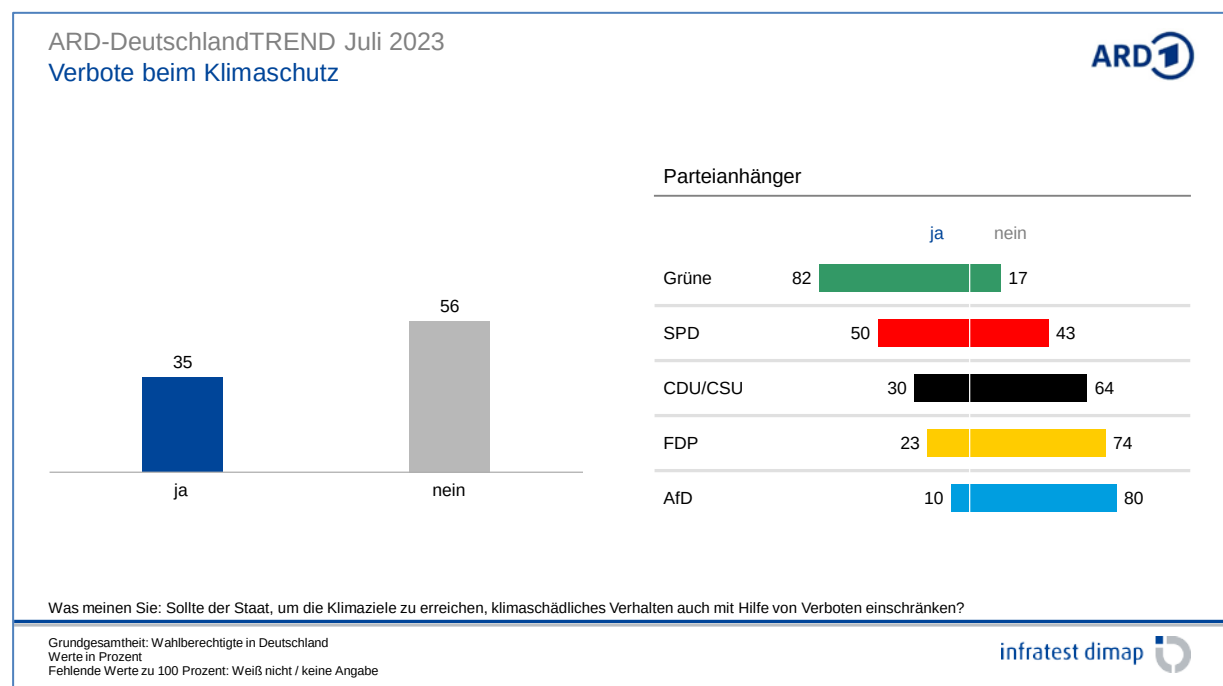
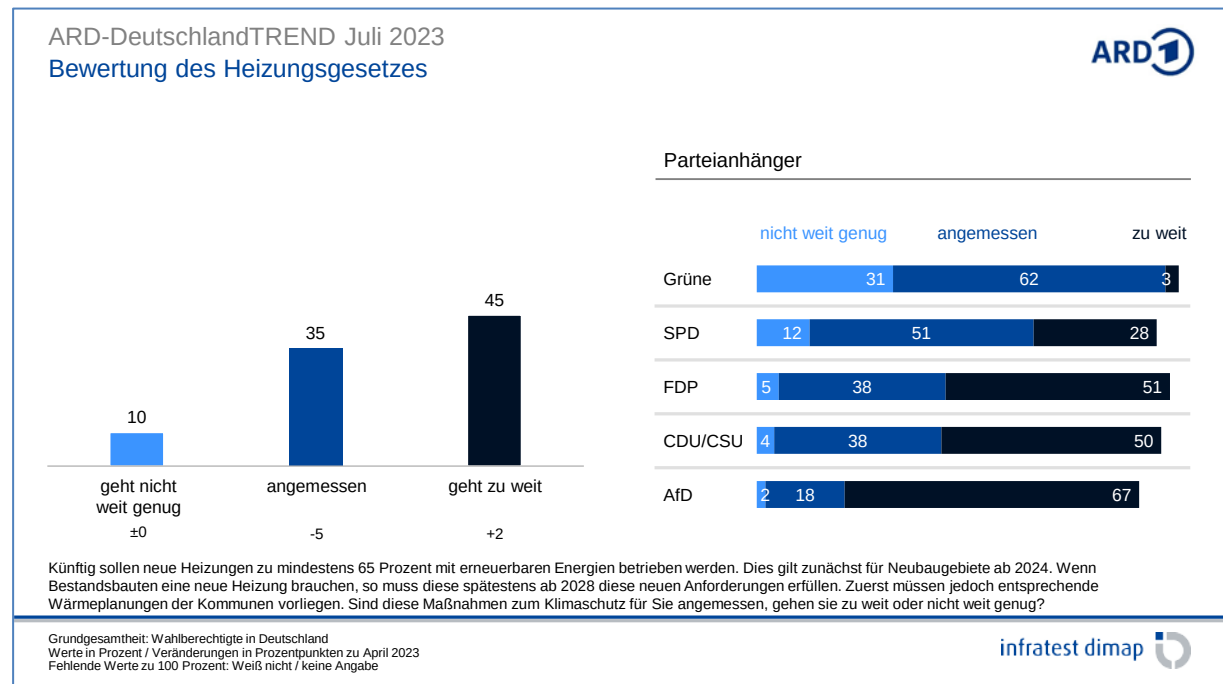
Politikerzufriedenheit: allein Pistorius mit überwiegend positiver Bewertung

Vom SPD-Verteidigungsminister abgesehen fehlt es der Koalition gegenwärtig an Spitzenpolitikern, die in der Bevölkerung mehrheitlich punkten. Dies gilt allerdings ebenso für die Oppositionsparteien. Angeführt wird die Politikerliste des ARD-DeutschlandTREND somit auch im Juli von Boris Pistorius, der von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten (53 Prozent; +/-0) positiv bewertet wird. Ihm folgt mit einem Zuspruch von 37 Prozent (-2) die Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock. Mit der Arbeit von SPD-Kanzler Olaf Scholz ist ein Drittel (34 Prozent; +2) zufrieden. FDP-Finanzminister Christian Lindner überzeugt drei von zehn (29 Prozent, +1). Jeweils etwa ein Viertel der Bundesbürger äußert sich zufrieden zum Unions-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz (25 Prozent; -1), zu Innenministerin Nancy Faeser (24 Prozent; +/-0 zu Mai) und zum Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck (23 Prozent; +/-0). Verkehrsminister Volker Wissing findet ähnlich wie im Vormonat Zuspruch durch jeden sechsten Bundesbürger (17 Prozent, -2). Auf den hinteren Plätzen im Bevölkerungsurteil rangieren AfD-Fraktionschef Tino Chrupalla (9 Prozent; -3 zu Mai) und die Linke-Bundesvorsitzende Janine Wissler (8 Prozent; +/-0 zu Mai).

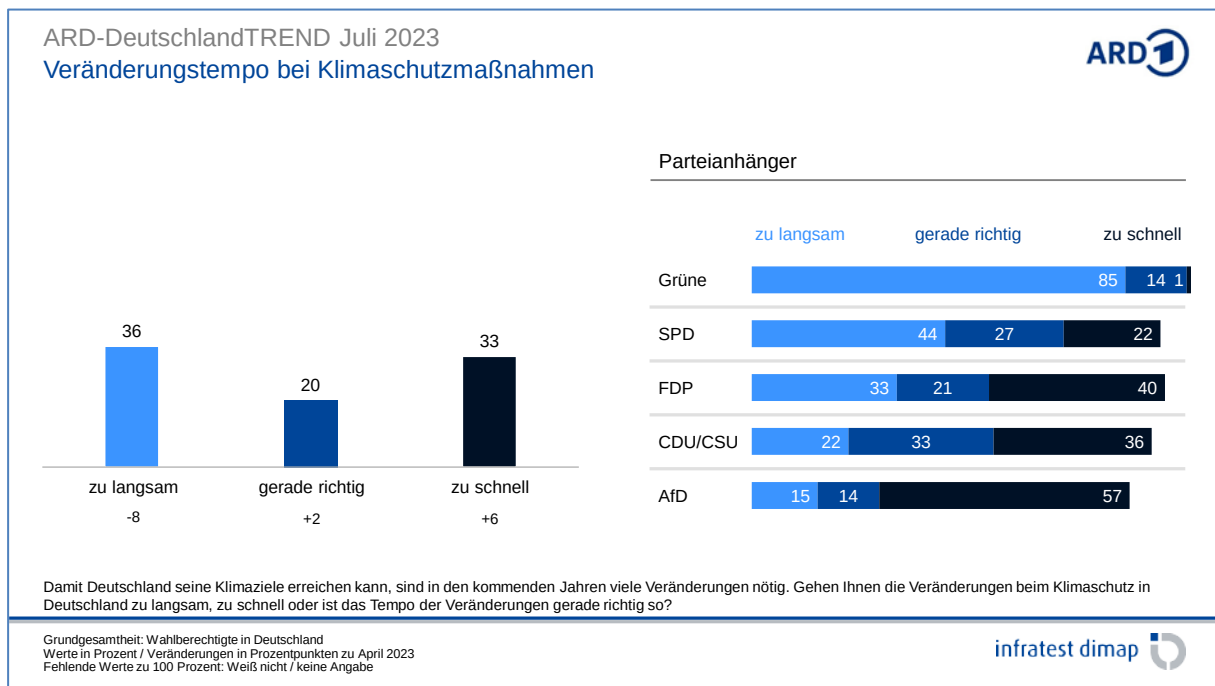


Maßnahmen des Heizungsgesetzes: geht fast der Hälfte zu weit

Die jüngeren innenpolitischen Debatten wurden in erster Linie durch die Klimaschutz-Vorgaben für Heizungen im Gebäudeenergiegesetz der Ampel-Regierung bestimmt. Zentrale Inhalte des vom Bundesverfassungsgerichts einmal gestoppten Gesetzes bleiben auch nach den koalitionsintern vorgenommenen Anpassungen in der Bevölkerung umstritten. 45 Prozent der Bundesbürger gehen die angedachten Maßnahmen zu weit, ebenso viele halten sie für angemessen (35 Prozent) bzw. für nicht weitgehend genug (10 Prozent).



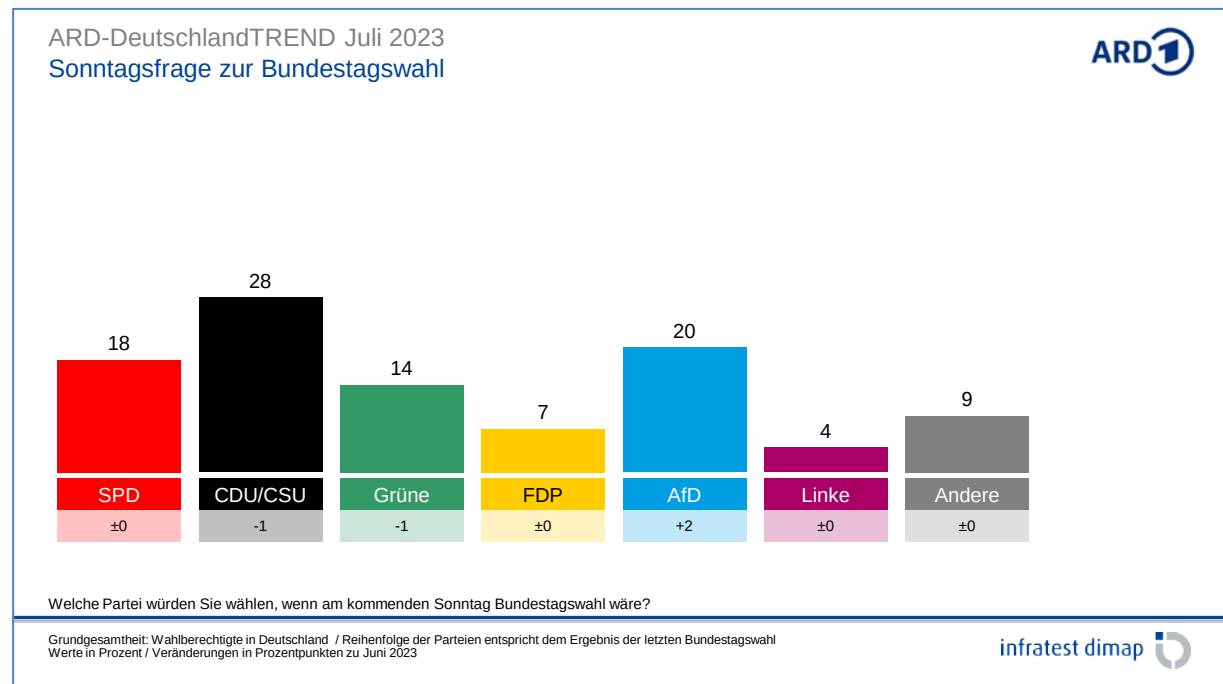
Hinter diesen Bewertungen stehen grundlegend unterschiedliche Haltungen der Bevölkerung hinsichtlich der Veränderungsgeschwindigkeit und dem Einsatz bestimmter klimapolitischer Steuerungsinstrumente. Deutliche Vorbehalte bestehen gegenüber direkten Verboten im Klimaschutz. Dass der Staat zum Erreichen von Klimazielen klimaschädliches Verhalten auch mit Hilfe von Verboten einschränkt, unterstützt nur ein gutes Drittel der Deutschen (35 Prozent), mehr als die Hälfte (56 Prozent) lehnt dies ab. Das derzeitige Gesamttempo im Klimaschutz überzeugt 20 Prozent (+2 zu April), jeweils etwa ein Drittel hält die Veränderungen für zu langsam (36 Prozent, -8 zu April) bzw. im Gegenteil für zu schnell (33 Prozent; +6).



Ein tendenziell zu hohes Tempo beim Klimaschutz monieren vor allem die Anhänger von AfD (57 Prozent), FDP (40 Prozent) und Union (36 Prozent). Sie sind es auch, die Verboten im Klimaschutz jeweils am deutlichsten ablehnend gegenüberstehen und auch am häufigsten die Pläne des Heizungsgesetzes als zu weitgehend betrachten. Ihnen gegenüber stehen die Grünen-Anhänger, denen die klimapolitischen Veränderungen in Deutschland insgesamt zu langsam vorangehen (85 Prozent), die mehrheitlich sowohl Verbote in der Klimapolitik (82 Prozent) als auch die jetzigen Pläne zum Heizungstausch unterstützen (62 Prozent).

Sonntagsfrage: Union auf Platz Eins, AfD auf Platz Zwei

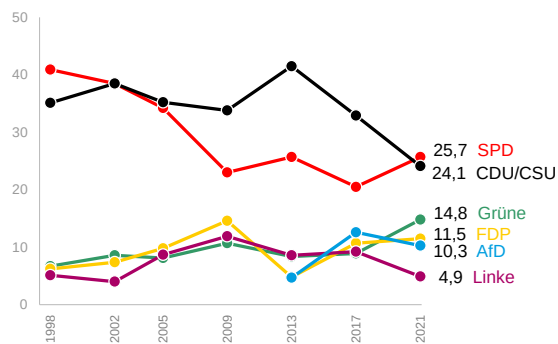
Die Kritik an der Bundesregierung spiegelt sich in den Ergebnissen der Sonntagsfrage. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt blieben die Ampel-Parteien weiter ohne Mehrheit. Die SPD würde wie Anfang Juni 18 Prozent (+/-0) erzielen. Die Grünen hätten 14 Prozent (-1) in Aussicht. Ähnlich schlecht lagen die Grünen zuletzt im September 2018. Die FDP käme unverändert auf 7 Prozent. Stärkste Kraft bei einer aktuellen Bundestagswahl wäre weiterhin die CDU/CSU mit 28 Prozent (-1 zu Anfang Juni). An Platz Zwei stände die AfD, die mit 20 Prozent zugleich ihren höchsten Sonntagsfragenwert im ARD-DeutschlandTREND erzielt. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 13 Prozent, darunter die Linke mit 4 Prozent.



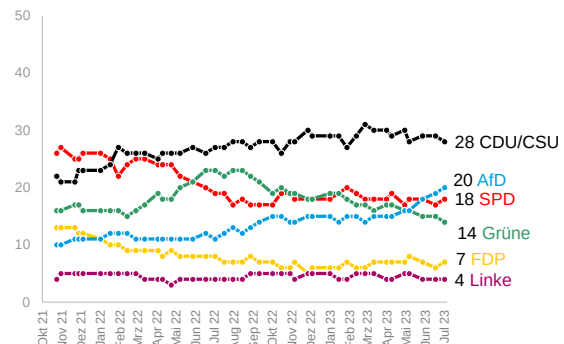
ARD-DeutschlandTREND Juli 2023
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



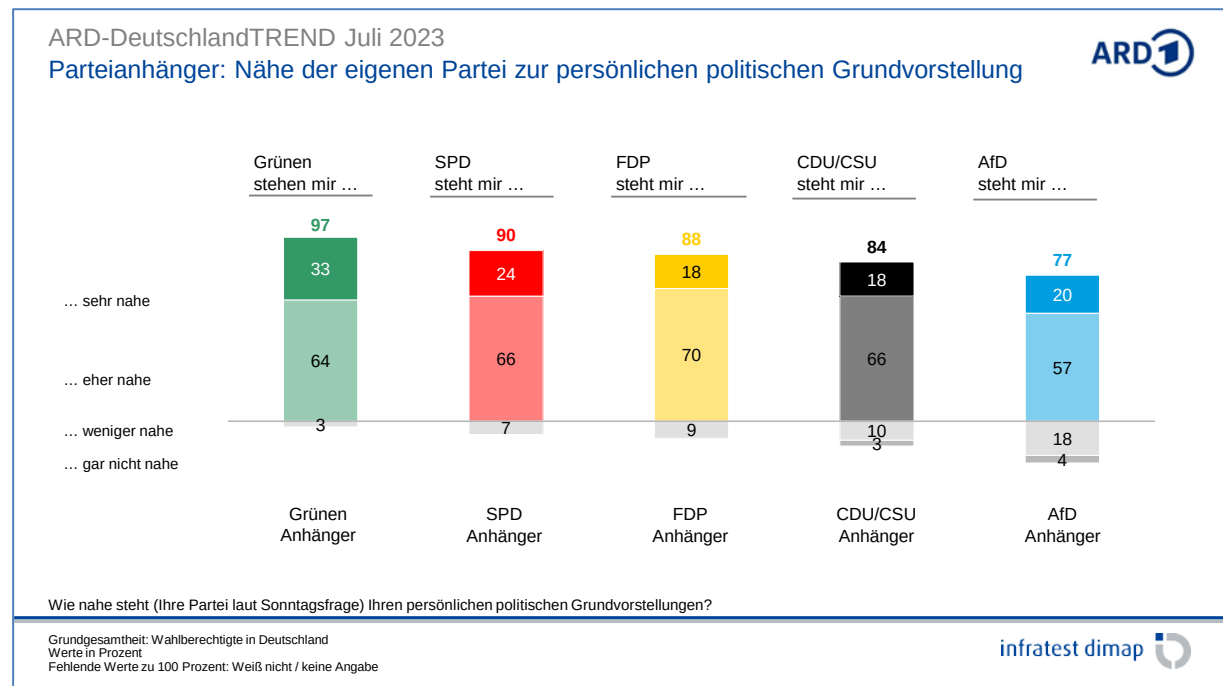
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

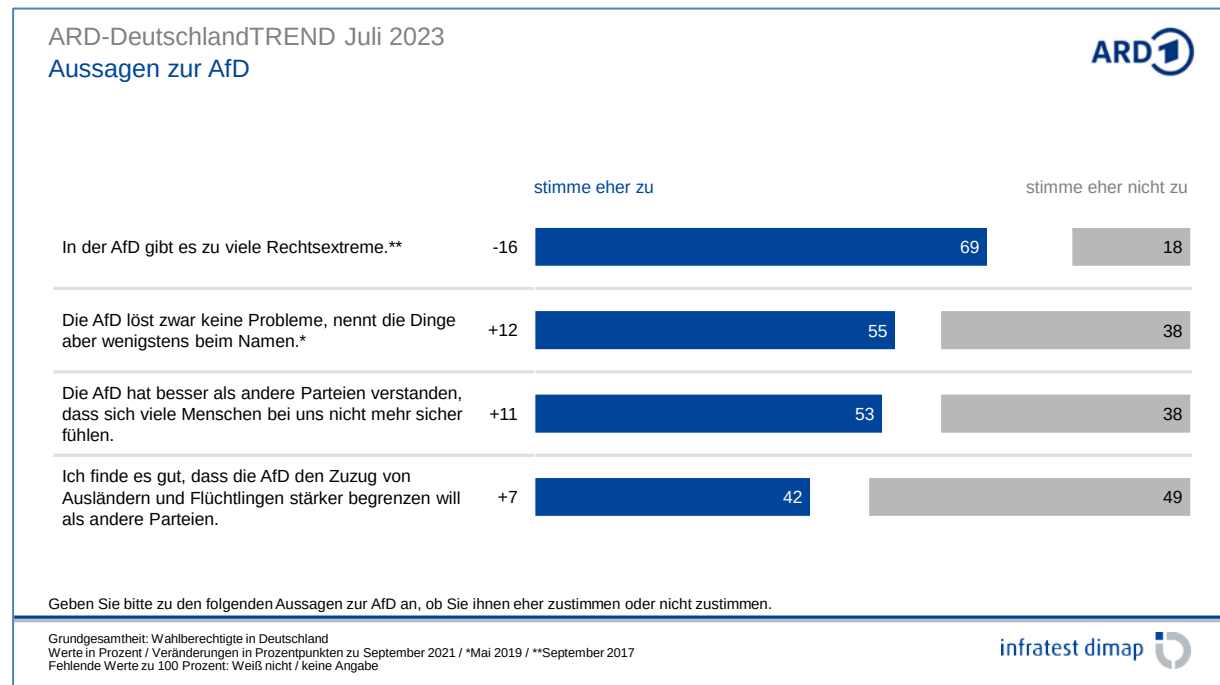
AfD-Anhänger sehen eigene Grundvorstellungen durch Partei repräsentiert

Auch wenn wie zuletzt im ARD-DeutschlandTREND Juni ein erheblicher Anteil der AfD-Anhänger angibt, vornehmlich aus Unzufriedenheit gegenüber den anderen Parteien die AfD zu wählen und nicht aus Überzeugung, ist die AfD-Präferenz keineswegs Ausdruck diffusen Protests. So signalisieren drei Viertel der AfD-Anhänger (77 Prozent), dass die AfD ihren persönlichen politischen Grundvorstellungen nahe (57 Prozent) bzw. sehr nahe (20 Prozent) steht. Für lediglich ein gutes Fünftel (22 Prozent) der AfD-Anhänger entspricht die Partei den eigenen Grundvorstellungen weniger oder gar nicht.

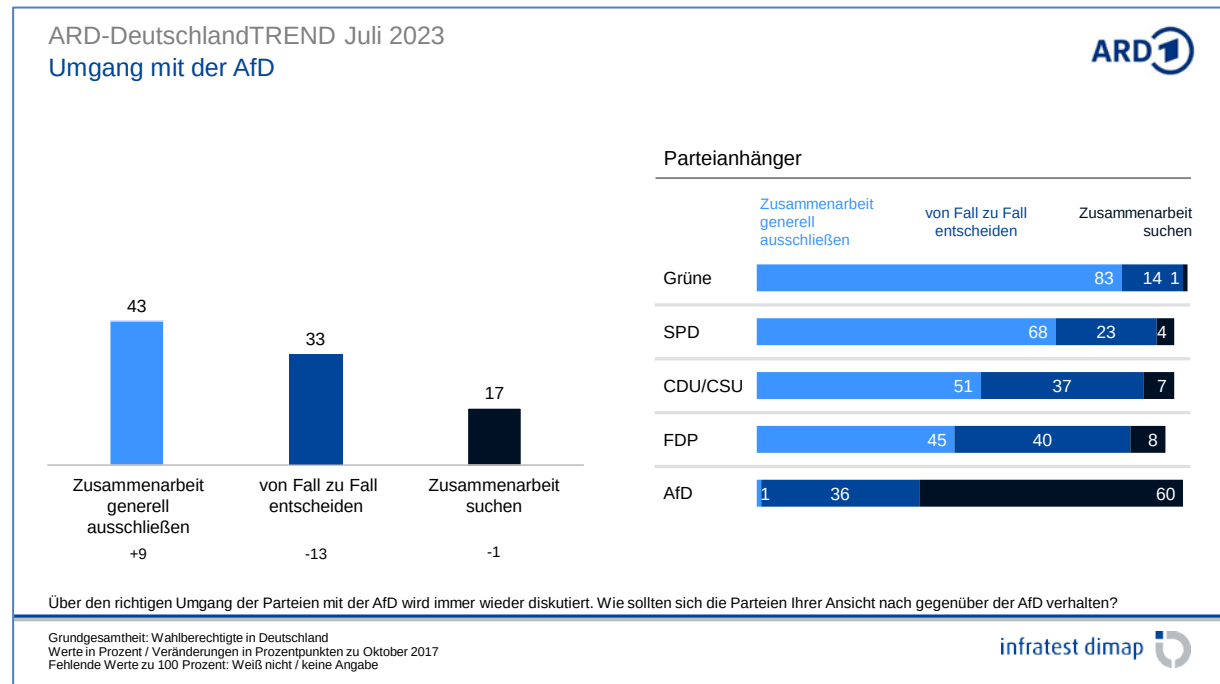


Schwindende Distanz zur AfD

Dass die AfD gegenwärtig einen so hohen Zuspruch in der Sonntagsfrage entwickelt, hat auch mit einer im Zeitvergleich schwindenden Distanz gegenüber der Partei zu tun. Zwar ist weiterhin eine Mehrheit der Bundesbürger der Ansicht, dass es in der AfD zu viele Rechtsextreme gibt (69 Prozent). Diese Haltung war vor sechs Jahren mit 85 Prozent jedoch noch wesentlich ausgeprägter. Gewachsen ist die Zahl derer, die der Partei attestieren, Dinge zumindest beim Namen zu nennen von 44 Prozent im Herbst 2013 auf nunmehr 55 Prozent. Für ebenso viele hat die AfD ein besseres Verständnis für das Sicherheitsempfinden vieler Menschen als andere Parteien (53 Prozent), mehr als im Herbst 2021 (42 Prozent). Schließlich hat auch der Zuspruch für die restriktive Positionierung der AfD in der Zuwanderungspolitik zugelegt. Fand es im Herbst 2017 ein gutes Drittel gut, dass die AfD den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will als andere Parteien, sind es nunmehr 42 Prozent.



Im Umgang mit der AfD sprechen sich vier von zehn (43 Prozent) dafür aus, dass die Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD generell auszuschließen. Ein Drittel ist grundsätzlich offen für eine fallweise Entscheidung, während 17 Prozent eine gezielte Suche zur Zusammenarbeit favorisieren.



ARD-DeutschlandTREND Juli 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.305 Befragte (778 Telefoninterviews und 527 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinne- rung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	03. bis 05. Juli 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0